

→ **2. Bundeskongress Präventionsketten**

Strukturelle Armutsprävention in Kommunen – wie Strukturen benachteiligen oder Teilhabe sichern

Impressionen des Bundeskongresses

Vorwort

Am 12. November 2024 fand in Hannover der 2. Bundeskongress Präventionsketten statt – ein wichtiger Beitrag zur Stärkung der fachlichen und politischen Diskussion rund um eine strukturell verankerte Armutsprävention in Kommunen und zur Sicherung der Teilhabechancen aller Kinder.

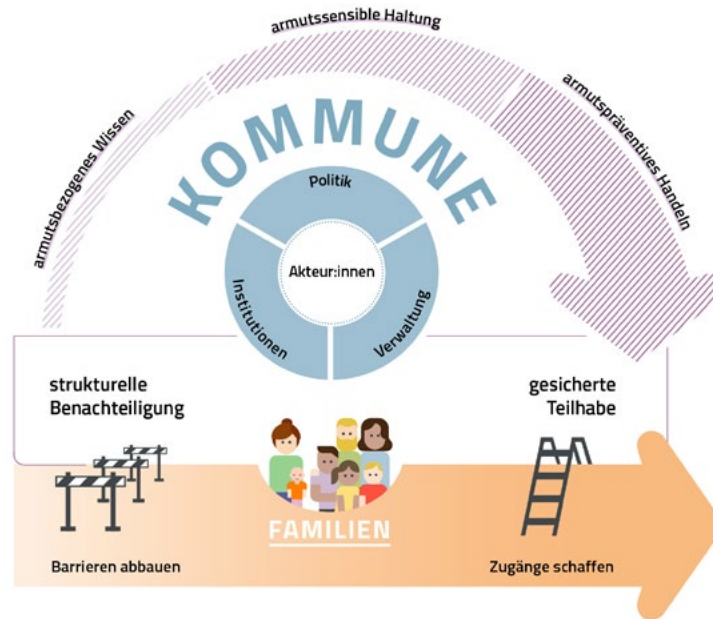
Fokus auf die Strukturen

Die individuellen Folgen finanzieller Armut dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass Armut strukturelle Ursachen hat. Ein zentrales Anliegen des Kongresses war daher, den Fokus auf die Kommune und ihre Unterstützungssysteme für Kinder und Familien zu richten. Rahmenbedingungen in Politik, Verwaltung und Institutionen sowie das Alltagshandeln der jeweiligen Akteur:innen entscheiden oft darüber, ob Kinder und Familien in prekären Lebenslagen Möglichkeiten der Teilhabe haben oder eben nicht.

Strukturen benachteiligen oder sichern Teilhabe

Wenn Ämter, Behörden und Einrichtungen nicht armutssensibel gestaltet sind, verstärken sie bestehende Ungleichheiten. Umgekehrt tragen eine armutspräventiv ausgerichtete Politik, armutssensibles Verwaltungshandeln, gut gestaltete Präventionsprogramme und Institutionen entschieden dazu bei, Barrieren abzubauen, Zugänge zu schaffen und Teilhabe zu sichern (siehe Abbildung S. 2).

Strukturelle Armutsprävention in Kommunen beim Auf- und Ausbau von Präventionsketten



Kruse, C., Petras, K., Humrich, W. (2024). Strukturelle Armutsprävention in Kommunen beim Auf- und Ausbau von Präventionsketten, lizenziert unter CC BY-SA 4.0

Kommunale Präventionsketten als Lösungsansatz

Der Kongress brachte Fachleute, Entscheidungsträger:innen, Armutserfahrene und Interessierte aus dem gesamten Bundesgebiet zusammen, um über die Bedeutung von Präventionsketten als Lösungsansatz zur strukturellen Armutsprävention zu diskutieren. Gemeinsam konnten das Thema Kinderarmut und die Verringerung von Armutsfolgen aus verschiedenen Blickwinkeln heraus diskutiert, erprobte Ansätze präsentiert und Forderungen für eine Stärkung der strukturellen Armutsprävention aufgestellt werden.

In dieser Dokumentation finden Sie die wichtigsten Erkenntnisse und Ergebnisse des Kongresses. Die hier gesammelten Informationen sollen dazu beitragen, die armutspräventive Zusammenarbeit in den Kommunen weiter zu fördern und neue Impulse für mehr Teilhabe und eine chancenreiche Zukunft aller Kinder zu setzen.

**Thomas Altgeld, Kerstin Petras, Marie-Kristin Dunker,
Christina Kruse, Wiebke Humrich**

*Landesvereinigung für Gesundheit und Akademie
für Sozialmedizin Niedersachsen Bremen e. V.*

Ein Blick ins Programm

- 10:00 Uhr** **Begrüßungen aus Bund und Land**
- 10:40 Uhr** **Kinderarmut: Wie Strukturen benachteiligen
oder Teilhabe sichern**
Gesprächsrunde
- 11:15 Uhr** **Bandbreite armuterfahrener Familien: Warum Strukturen
in der Verwaltung vor Ort verändert werden müssen**
Vortrag und Diskussion im Plenum
- 12:15 Uhr** Mittagspause
- 13:30 Uhr** **Perspektive der Bundesländer: Rückenwind für kommunale
Präventionsketten**
Gesprächsrunde
- 14:15 Uhr** Pause
- 14:30 Uhr** **Teilhabe sichern: Was zu tun ist, um Armutsprävention
strukturell zu verankern**
Parallele Foren
- 16:15 Uhr** **Wohin die Reise geht: Plädoyers zur Zukunft der
strukturellen Armutsprävention**
Abschlussstatements aus den Foren & der Tagungs-
beobachtung
- 16:45 Uhr** **Ende der Veranstaltung**

Gesamtmoderation:

Deborah Ruggieri

Moderation | Training | Coaching | Research



⇨ Das vollständige Programm
finden Sie [hier](#).

Stimmen vom Vormittag

Begrüßungen aus Bund und Land



”

Wir möchten flächendeckend eine kindorientierte Infrastruktur voranbringen, die chancengerechtes Aufwachsen für alle Kinder und Jugendlichen in Deutschland ermöglicht. Im Nationalen Aktionsplan „Neue Chancen für Kinder in Deutschland“ haben wir daher unseren Schwerpunkt auf die kommunale Armutsprävention gelegt. Armutsprävention verstehen wir dabei als nationale Aufgabe, zu der Bund, Länder, Kommunen und die Zivilgesellschaft beitragen.

Marc Nellen

*Bundesministerium für Familie,
Senioren, Frauen und Jugend*

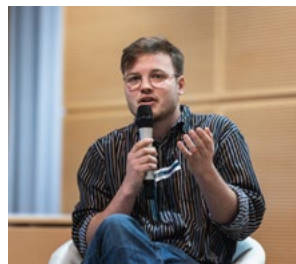
”

Ungleichheit, die sich verfestigt, führt zu Existenzängsten, Beschämung und gesellschaftlichem Ausschluss. Staat und Gesellschaft haben die Verpflichtung, vielfältige Entwicklungschancen für arme Kinder abzusichern!

Dirk Schröder

*Niedersächsisches Ministerium für Soziales,
Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung*





Kinderarmut: Wie Strukturen benachteiligen oder Teilhabe sichern

Im Gespräch mit:

Majoula Jammeh, Armutserfahrene und Aktivistin

Anni W., Armutsaktivistin

Thomas Altgeld, LVG & AFS Niedersachsen Bremen e.V.

Fabian Steenken, Landesarmutskonferenz Niedersachsen

Im Rahmen der Gesprächsrunde ging es um die Frage, warum Armut als strukturelles Problem behandelt werden muss und wie sich strukturelle Benachteiligung im Alltag zeigt. Abschließend gingen die Gesprächsteilnehmenden darauf ein, was sich aus ihrer Sicht verändern müsste.

Statements aus der Runde

”

*Ich kann aus dem Leben einer alleinerziehenden Mutter mit zwei Kindern im Bürgergeld-Bezug berichten. Wir haben ganz große Probleme, was die Finanzen betrifft – und zwar jeden Monat. Es betrifft vor allem aber auch die Teilhabe. Man muss sich ‚nackt machen‘ für jeden Zuschuss. Und viele machen das nicht. Auch, weil die Antragsverfahren je nach Kommune unterschiedlich gehandhabt werden. Es darf nicht vom Wohnort abhängen, ob ich Zugang zu Unterstützung habe und diese dann auch erhalte – oder eben nicht! **Anni W.***

”

*Ich wünsche mir, dass in allen Institutionen und Gremien armutserfahrene Familien vertreten sind. Damit sie und ihre Situation sichtbar sind und niemand mehr wegschauen kann! **Fabian Steenken***

”

*Das patriarchale Denken muss aufhören, dass es bei der Kindererziehung einen verdienenden Partner gibt, der das Haushaltseinkommen sichert. Für viele ist das nicht die Realität! **Majoula Jammeh***

”

*Ich wünsche mir, dass Kinder endlich systemrelevant werden – und zwar auf allen Ebenen! **Thomas Altgeld***

”

*Die dauernde Anschuldigung, Armutsbetroffenheit mit einer Individualschuld zu versehen, muss gesellschaftlich und politisch aufhören! **Anni W.***

”

*Ich wünsche mir mehr Armutssensibilität in den Schulen! **Anni W.***

”

*Ich war letztes Jahr in Elternzeit. Eigentlich sollte diese Zeit von Liebe, Wärme und Freude geprägt sein. Stattdessen habe ich Sorgen gehabt. Ich hatte vor dem Mutterschutz ein niedriges Einkommen. Der Satz für das Elterngeld reichte hinten und vorne nicht. Ich habe von Erspartem gelebt, bis endlich alle Anträge bearbeitet waren und finanzielle Unterstützung kam. Das können aber nicht alle Menschen! **Majoula Jammeh***

”

*Es gibt zu wenig Kitaplätze. Aber Familien mit bürgerlichem Hintergrund kriegen eben die wenigen Plätze. Das zeigt, wie tief die strukturelle Ungerechtigkeit verankert ist. **Fabian Steenken***

”

*Wir haben in Deutschland ein Verteilungsproblem. Wenn die Schere zwischen Arm und Reich immer weiterwächst, zeigt mir das, dass diese Ungleichheit gewollt ist und strukturell befördert wird. **Thomas Altgeld***

Vortrag

Bandbreite armutserfahrener Familien: Warum Strukturen in der Verwaltung vor Ort verändert werden müssen

Andreas Kämper, Prof. Dr. Holger Ziegler

Aufgrund zahlreicher von uns durchgeführter Studien auf kommunaler Ebene wird deutlich, dass viele einkommensschwache Haushalte nicht ein, sondern gleichzeitig mehrere Probleme oder grundlegende und nicht verschwindende Sorgen haben. So hatten z. B. fast die Hälfte (44,1 %) der Befragten in der Innenstadt von Dessau-Roßlau (Sachsen-Anhalt), die zur unteren Einkommensklasse gehören, gleichzeitig vier oder mehr große und dauerhafte Sorgen. Sie sehen sich mit sogenannten Problembündeln konfrontiert.

Doch die Problemlösungs-/Bewältigungsstrategien der einkommensschwachen Haushalte sind aufgrund der Vielzahl an Herausforderungen eingeschränkt. Ihre sogenannte „Bandbreite“ ist eingeschränkt. Mullainathan und Shafir (2013) beschreiben in ihrem Buch *Knappheit – was es mit uns macht, wenn wir zu wenig haben* dies wie folgt: Die Bandbreite beschreibt das Maß der kognitiven Fähigkeit, unter anderem gute Entscheidungen zu treffen, zu rechnen, Pläne einzuhalten, Aufmerksamkeit zu zeigen und Ablenkungen



”

Die versäulte Organisationsstruktur erschwert wirksame Unterstützungen und Hilfen für die betroffenen Haushalte.

Andreas Kämper

”

Dass die Einführung einer ernst gemeinten Kindergrundsicherung gescheitert ist, ist doch ein Grund mehr, für die flächendeckende strukturelle Armutsprävention durch kommunale, integrierte und ämter- und dezernatsübergreifende Präventionsketten zu kämpfen!

Prof. Dr. Holger Ziegler



zu widerstehen. Die Knappheit verringert diese Bandbreite und versperrt den Zugriff auf grundlegende Kapazitäten – je knapper die finanziellen Ressourcen und je größer die finanziellen Sorgen sind, desto weniger Bandbreite bleibt für die Erledigung anderer Aufgaben. *„Knappheit reduziert auf direkte Weise die Bandbreite. Sie reduziert nicht die Fähigkeiten, die Jemand hat, aber sie bestimmt, wie viele dieser Fähigkeiten im Moment zur Verfügung stehen“* (Mullainathan & Shafir, 2013, S. 62).

Hinzu kommt, dass diejenigen, die den deutlichsten Hilfebedarf aufweisen, oft am wenigsten qualifizierte Hilfen und Unterstützungen bekommen. Das zeigen auch die Auswertungsergebnisse aus Dessau-Roßlau. Das Unterstützungssystem bietet keine hinreichende Lösung für die Komplexität an Problemen.

Um den einkommensschwachen Haushalten bei der Lösung ihrer Probleme und ihren grundlegenden und nicht verschwindenden Sorgen wirksam helfen zu können, stellt sich die Wirklichkeit vor Ort als großes Problem dar. Denn den betroffenen Haushalten steht u. a. auf der Grundlage der Sozialgesetzbücher (SGB) II, III, VIII, XII inhaltlich und organisatorisch eine versäulte Verwaltung gegenüber, die sich in entsprechenden Dezernaten, Fachbereichen etc. niederschlägt. In dieser versäulten Organisationsstruktur spiegelt sich jedoch nicht die Lebenslage der von Einkommensarmut betroffenen Haushalte mit ihren Problembündeln wider.

Um wirksam helfen zu können, müssen sich die Strukturen vor Ort ändern. Die Versäulung der Verwaltung muss durch die Auflösung der Dezernate, Fachbereiche etc. aufgebrochen und durch die Etablierung von dezentralen Dienstleistungszentren (inklusive Jobcenter) und zentralen Diensten ersetzt werden. Dabei werden in den zentralen Diensten die Leistungen zusammengefasst, die nicht dezentralisiert werden können, weil z. B. zu wenig Personal mit der Aufgabe betraut ist oder die Dezentralisierung der Aufgabe keinen bzw. wenig Sinn ergibt – so z. B. die Adoptionsvermittlung. Alle anderen Leistungen sollten sozialräumlich und niedrigschwellig bereitgestellt werden.

→ Die Vortragsfolien finden Sie [hier](#).

Vor Ort ist jeweils zu entscheiden, wie die Aufhebung der Versäulung angegangen werden kann und wie die veränderte Organisationsstruktur zu gestalten ist. Wenn die Auflösung der Dezernate, Fachbereiche etc. nicht gelingen sollte, können z. B. in Stadtteiltreffs/Quartierszentren Hilfen bzw. Unterstützungsangebote vorgehalten werden, die nicht isoliert, sondern miteinander verzahnt und interdisziplinär als „Paket unter einem Dach“ erbracht werden (Handlungsansatz „All in One“). Denn nur durch veränderte Strukturen können Kommunen der Lebenslage armuterfahrener Familien gerecht werden und Lösungen für ihre komplexen Problemlagen bieten.

Literatur:

Gesellschaft für Organisation und Entscheidung; Institut für Sozialforschung und Kommunikation (Hrsg.) (2023): Befragung der Bewohner und Bewohnerinnen der Innenstadt von Dessau-Roßlau. Auswertungsbericht.

www.goe-bielefeld.de/download/Befragung_Bewohnerschaft_Innenstadt_Dessau_Rosslau_Auswertungsbericht.pdf (letzter Zugriff 05.02.2025)

Mullainathan, S.; Shafir, E. (2013): Knappheit – was es mit uns macht, wenn wir zu wenig haben. Campus Verlag, Frankfurt am Main



Podium der Länder

**Perspektive der Bundesländer:
Rückenwind für kommunale Präventionsketten**

mit Beiträgen von:

Thomas Altgeld, LVG & AFS Niedersachsen Bremen e. V.

Joachim Feldmann, Ministerium für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen

Anja Reimers, Ministerium für Soziales, Jugend, Familie, Senioren, Integration und Gleichstellung des Landes Schleswig-Holstein

Regine Schefels, Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie Berlin

Sabine Stahl, Hessisches Ministerium für Familie, Senioren, Sport, Gesundheit und Pflege

Dr. Michael Wolff, Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg

Viele Kommunen im Bundesgebiet verfolgen mit dem Auf- und Ausbau von kommunalen Präventionsketten bzw. integrierten kommunalen Strategien den Ansatz einer strukturellen Armutsprävention. In immer mehr Bundesländern existieren entsprechende Förderprogramme, die den notwendigen „Rückenwind“ geben. Die Podiumsteilnehmenden warfen Schlaglichter auf die Besonderheiten und Erkenntnisse der jeweiligen Förderstrategien in den Bundesländern. Die vorgestellten Programme finden Sie hier:

 <p>↪ https://mitwirkung-berlin.de</p>	 <p>↪ www.praeventionsketten-nds.de</p>
+	
 <p>↪ www.kinderstark.nrw</p>	 <p>↪ www.starkekinder-bw.de</p>
+	
 <p>↪ www.praeventionsketten-hessen.de</p>	<p>Modellvorhaben: Kommunale Präventionsketten in Schleswig-Holstein Aufwachsen gemeinsam verantworten</p> <p>↪ https://tinyurl.com/2vd7c6vm</p>
+	

Fachforen am Nachmittag

Unter dem Motto „*Teilhabe sichern. Was zu tun ist, um Armutsprävention strukturell zu verankern?*“ konnten die Kongressbesucher:innen in sechs parallel stattfindenden Fachforen kommunale Praxisbeispiele und Impulse für mehr gelingende Teilhabe und Unterstützung armutserfahrener Familien kennenlernen. Aus den Forumsdiskussionen heraus formulierten die Teilnehmenden Gelingensbedingungen und Forderungen zur Stärkung einer strukturellen Armutsprävention. Damit sollen auch zukünftig Impulse für mehr Teilhabe gesetzt werden.

Die Foren im Überblick:

- Forum 1:** Zugänge verbessern!
Strukturelle Hürden abbauen für mehr Teilhabe

- Forum 2:** Nicht über, sondern mit Kindern sprechen!
Partizipation als Fundament struktureller Armutsprävention

- Forum 3:** Armutssensible Haltung einnehmen!
Fachkräfte im Spannungsfeld zwischen Anspruch und Wirklichkeit

- Forum 4:** Angemessenen Lebensstandard für alle Kinder sicherstellen!
Präventionsketten im Kontext von Kinderrechten

- Forum 5:** Familien in ihrem Lebensumfeld erreichen!
Institutionen und ihre Rolle in der strukturellen Armutsprävention

- Forum 6:** Gemeinsam planen, steuern und umsetzen!
Gestaltung ressortübergreifender Arbeit und kommunaler Netzwerke

Forum 1

Zugänge verbessern! Strukturelle Hürden abbauen für mehr Teilhabe

Impuls 1

Kita-Budgetierungsrichtlinie zur Finanzierung armutssensibler Angebote

René Beck, Stadt Barsinghausen

Anette Wolf, Kindertagesstätte Regenbogen, Stadt Barsinghausen

Regelmäßig erfahren Armutsbetroffene Ausgrenzung, Beschämung und Herabwürdigung aufgrund ihres geringen Einkommens und der damit verbundenen Einschränkungen. Dies geschieht auch in den Kinderbetreuungseinrichtungen, wo bspw. Zusatzkosten für Ausflüge, Verpflegung und Materialien die Teilhabe armutserfahrener Kinder erschweren. In Barsinghausen haben Kita-Fachkräfte, Verwaltung und Politik in einem beispielgebenden gemeinsamen Prozess einen Lösungsansatz entwickelt, der diese Zugangshürden und beschämenden Alltagssituationen für armutserfahrene Familien abbaut. Gemeinsam wurde die Kita-Budgetierungsrichtlinie zur Finanzierung armutssensibler Angebote (BuRiLi) entwickelt. Kosten für Angebote der Kitas, wie Schwimmkurse, Theaterbesuche, gesundes Frühstück und weitere Maßnahmen, werden fortan über den städtischen Haushalt finanziert. Versteckte Zusatzkosten für Eltern in den Einrichtungen sind somit abgeschafft.

Die Einführung der BuRiLi gelang durch eine enge Zusammenarbeit mit den Kita-Fachkräften. Mit ihrer Hilfe konnten in der Verwaltung konkrete Bedarfsbeispiele sichtbar gemacht und ein erster Entwurf der Richtlinie erstellt werden. Nach der Vorstellung vor dem Verwaltungsvorstand wurde der Entwurf dem Sozialausschuss und dem Rat vorgelegt und beschlossen.

Die Richtlinie sorgt bei den Kinderbetreuungseinrichtungen für finanzielle und planerische Sicherheit. Es gibt klare Vorgaben für den Einsatz der Mittel, und Kita-Fachkräfte können armutssensibles Handeln in ihren Einrichtungen gezielt umsetzen. Armutserfahrene Kinder profitieren von kulturellen und gesundheitsfördernden Angeboten, während ihre Eltern durch den Wegfall zusätzlicher Kosten entlastet werden und sich weniger stigmatisierenden Situationen stellen müssen.

”

Es braucht Akteure, die Mut haben, auch mal über Strukturen hinwegzugehen und neue Gesprächsfäden zu knüpfen. Und ich habe dann gesagt, ich spreche einfach mal mit denen.

René Beck

”

Die Beispiele aus Barsinghausen und der Region Hannover zeigen, dass durchdachte Strukturveränderungen tatsächlich einen Unterschied machen für die Kinder und ihre Familien! Institutionen, Verwaltung und Politik können sich und ihr Handeln verändern – das eröffnet Zugänge und schafft Teilhabe.

Christina Kruse



→ Die Vortragsfolien finden Sie [hier](#).

Die BuRiLi hat sich als wirksames Instrument zur strukturellen Armutsprävention erwiesen und trägt maßgeblich zur Verbesserung der sozialen Teilhabe aller Kinder bei.

Impuls 2

Verfahrenslotse für Leistungen der Eingliederungshilfe und dessen Einbindung in die örtliche Präventionskette

Patrick Kleine, Verfahrenslotse der Region Hannover

Die Region Hannover hat mit der Umsetzung des § 10b SGB VIII „Verfahrenslotsen“ zum 1. Januar 2024 eine gesetzlich verpflichtende, zielgerichtete Beratungsmöglichkeit implementiert, um Familien in prekären Lebenslagen frühzeitig zu unterstützen und den Zugang zu sozialen Leistungen und Angeboten zu erleichtern. Hierbei handelt es sich um eine neue Form der unabhängigen Unterstützung im Sinne einer Anlaufstelle für junge Menschen mit (drohender) Behinderung und deren Familien. Die Verfahrenslotsen sind Teil des Fachbereichs Jugend.

Ihre Arbeit richtet sich vor allem an Familien, die mit komplexen sozialen, rechtlichen oder bürokratischen Herausforderungen konfrontiert sind. Dies betrifft insbesondere Familien in Armutslagen, mit Migrationshintergrund oder ohne ausreichende Kenntnisse über bestehende Hilfsangebote. Verfahrenslotsen unterstützen junge Menschen, die von einer Behinderung bedroht oder betroffen sind und deren Familien, die Leistungsansprüche der

Eingliederungshilfe wahrzunehmen und zu verfolgen. Sie agieren hierbei unabhängig beratend. Der Zugang erfolgt möglichst niederschwellig – z. B. über Institutionen und Dienste, mit denen die Familien bereits Kontakt haben.

Die Verfahrenslotsen kooperieren mit einer Vielzahl von Akteur:innen, darunter Sozialdienste, Schulen, Kindertagesstätten, Gesundheitsämter und freie Träger. Diese Vernetzung ermöglicht eine ganzheitliche Betrachtung der Lebenssituationen und ein koordiniertes Vorgehen, um Doppelstrukturen zu vermeiden und Synergien zu nutzen.

Eine zentrale Herausforderung liegt in den strukturellen Barrieren innerhalb kommunaler Teilsysteme, die den Zugang zu Hilfen erschweren. Dazu zählen:

- _ Bürokratische Hürden und komplizierte Verfahren
- _ Fehlende Transparenz in der Angebotslandschaft
- _ Sprachliche und kulturelle Zugangsprobleme
- _ Kapazitätsengpässe in sozialen Diensten.

Die Verfahrenslotsen tragen dazu bei, Barrieren abzubauen und Brücken zwischen den Familien und den Systemen zu schaffen. Sie nehmen damit eine Schlüsselrolle in den Präventionsketten der Region Hannover ein.

→ Die Vortragsfolien finden Sie [hier](#).

Gruppendiskussion mit den Teilnehmenden aus Forum 1

moderiert durch Christina Kruse, LVG & AFS Niedersachsen Bremen e. V.

Forderungen aus dem Forum zu der Frage

Was braucht es, um strukturelle Hürden für armutserfahrene Kinder und ihre Familien abzubauen?

1. Mut

Um Strukturen zu hinterfragen und Ressortgrenzen zu überwinden, braucht es Rückendeckung und inhaltliche Freiheit!

2. Vereinfachte Sozialgesetzgebung

Für einen einfacheren Zugang zu Unterstützungsleistungen müssen gesetzbedingte strukturelle Hürden abgebaut und Gesetzbücher synchronisiert werden!

3. Überzeugung

Kommunale Armutsprävention darf politisch nicht zur Verhandlung gestellt werden, sie ist Teil der Daseinsvorsorge!

Forum 2

Nicht über, sondern mit Kindern sprechen! Partizipation als Fundament struktureller Armutsprävention



Impuls 1

Photovoice-Forschung in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit: Wie mit der generationalen Machtdifferenz umgehen?

Prof. Dr. Gulshat Oquadine,

*Katholische Hochschule Nordrhein-Westfalen,
Abteilung Paderborn*

Im Forschungsfeld der Offenen Kinder- und Jugendarbeit (OKJA) stehen Forscher:innen in der partizipativen Forschung vor besonderen Herausforderungen. Zum einen handelt es sich um mögliche Konflikte, aber auch um unterschiedliche Erwartungen und Wahrnehmungen, die sich aus den generationalen Sorge- und Machtbeziehungen zwischen Erwachsenen und den Kindern und Jugendlichen ergeben. Zum anderen ergeben sich aus der Freiwilligkeit, einem wesentlichen Merkmal des Settings OKJA, diverse Ambivalenzen

für die partizipative Forschung. Erst durch die freiwillige Teilnahme von Kindern und Jugendlichen kann das Setting OKJA überhaupt stattfinden. Bezogen auf ein partizipatives Forschungsprojekt in der OKJA können aber Kinder und Jugendliche, die sich einst für eine Teilnahme entschieden haben, jederzeit ihre Teilnahme beenden oder unterbrechen. Dies kann wiederum forschungsökonomische und forschungspraktische Nachteile nach sich ziehen. Es kann aber auch vorkommen, dass die Maßnahmen mit Bezug auf Gesundheitsförderung, die von Kindern und Jugendlichen als Idee eingebracht werden, seitens der erwachsenen Entscheidungsträger:innen wenig Unterstützung bekommen oder gar als unrealistisch abgelehnt werden. Es handelt sich hierbei um systemimmanente Herausforderungen, die trotz aller Bemühungen seitens der partizipativ Forschenden situativ auftauchen, und hierzu Lösungen gefunden werden müssen.

Für ein bestmögliches Gelingen partizipativer Forschung gibt es einige Handlungsoptionen. Besonders wichtig ist es, sich als Forschende:r der vorherrschenden Machtasymmetrie bewusst zu sein. Darüber hinaus ist es förderlich, den Grad der Partizipation zu reflektieren, festzulegen und offen mit allen Beteiligten zu kommunizieren. Fragen wie z. B. „Was ist im Rahmen des Projekts möglich und umsetzbar?“ und „Was ist mittelfristig nicht umsetzbar?“ können hier Hilfestellung geben.

→ Die Vortragsfolien finden Sie [hier](#).

Impuls 2

Schule macht stark: Wie gelingt eine gemeinsame sozialraumorientierte Schulentwicklung?

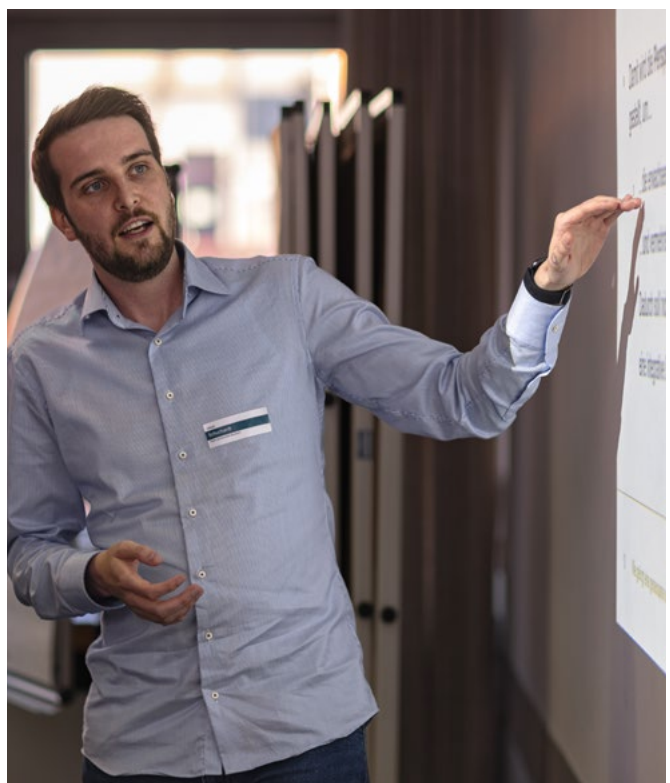
Jakob Schuchardt, Ruhr-Universität Bochum

Die Initiative *Schule macht stark!* (SchuMaS) verfolgt Ansätze zur sozialraumorientierten Schulentwicklung und legt insbesondere einen Fokus auf die Sozialraumerkundung aus Schüler:innenperspektive sowie die kleinräumige Sozialraumanalyse objektiver Daten aus dem Einzugsgebiet der Schule.

→ Die Vortragsfolien finden Sie [hier](#).

Dabei zeigt sich, dass Schulen in herausfordernden Lagen durch eine ko-konstruktive Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Praxis (basierend auf dem Design-Based-Research-Ansatz) unterstützt werden können, um sozialräumliche Bedingungen besser zu verstehen und um die Schulentwicklungskapazität zu erhöhen. Hier spielen sowohl theoretische Perspektiven auf den schulischen Sozialraum als auch die praktische Anwendung der Instrumente zur Sozialraumerkundung und Sozialraumanalyse eine zentrale Rolle.

Die beschriebene Aktivierung sozialraumbezogener Ressourcen für Schulentwicklungsprozesse hat zwei Zielsetzungen: Einerseits sollen den Schüler:innen durch die Nutzung und Integration unterschiedlicher Lernumgebungen innerhalb und außerhalb der Schule neue Bildungszugänge und Partizipationsmöglichkeiten eröffnet werden. Andererseits soll das pädagogische Personal für die Lern- und Lebenswelten der Kinder und Jugendlichen sensibilisiert werden.





Gruppendiskussion mit den Teilnehmenden aus Forum 2
moderiert durch **Andrea Möllmann-Bardak**,
Gesundheit Berlin-Brandenburg e. V.

Forderungen aus dem Forum zu der Frage

Wie kann die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen strukturell verankert werden?

1. Kinder und Jugendliche ernst nehmen

Die Stimmen von Kindern und Jugendlichen müssen gehört, wahrgenommen und geachtet werden! Kinder und Jugendliche sollten überall als Expert:innen ihrer Lebenswelten ernst genommen werden.

2. Kinder und Jugendliche empowern

Kinder und Jugendliche brauchen die Berechtigung, die Fertigkeiten und Unterstützung, um sich kontinuierlich beteiligen zu können! Kinder- und Jugendräte bzw. -parlamente oder Kinder- und Jugendrathäuser sind in Kommunen gute Möglichkeiten, Kinder und Jugendliche ernsthaft zu beteiligen.

3. Rechte umsetzen

Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen sollte als Standard auf allen Ebenen verankert werden! Dabei muss ein gemeinsames Verständnis von Beteiligung aller Akteur:innen vorherrschen.



Forum 3

Armutssensible Haltung einnehmen! Fachkräfte im Spannungsfeld zwischen Anspruch und Wirklichkeit

Impuls

Perspektive der Organisationsentwicklung: Fachkräfte für ihre Arbeit mit armuterfahrenen Familien stärken

Jessica Prigge, Christian-Albrechts-Universität zu Kiel

Um Fachkräfte für ihre Arbeit mit armuterfahrenen Familien zu stärken, sind sowohl das individuelle Handeln jeder bzw. jedes Einzelnen als auch die organisationalen Bedingungen, unter denen gehandelt wird, in den Blick zu nehmen.

Der Vortrag zeigte auf, dass das Handeln der Fachkräfte in Armutskontexten in einem Trilemma positioniert werden kann. Anhand des *Modells der Inklusion* von Mai-Anh Boger wird deutlich, dass drei grundsätzliche Wertpositionen eingenommen bzw. drei unterschiedliche Strategien im Umgang mit Armut gewählt werden können: Empowerment, Normalisierung und Dekonstruktion. Zwei dieser Positionen lassen sich verbinden, wodurch immer die dritte Position ausgeschlossen ist. Dadurch wurden die Forumsteilnehmenden für die (Neu-)Betrachtung ihrer eigenen Praxis sensibilisiert. Im Anschluss wurden die organisationalen Rahmenbedingungen in den Blick genommen, denn Organisationen sind nicht als rein bürokratische Gebilde zu fassen, sondern das professionelle Handeln von Fachkräften wird durch sie und in ihnen hervorgerufen. Davon ausgehend wurden gemeinsam mit den Forumsteilnehmenden Praxisbeispiele gesammelt und diskutiert, in welcher Weise organisationale

”

Häufig zeigt sich, dass der Umgang mit Armut nicht über organisationale Strukturen abgedeckt wird. Vielmehr sind oft allein die Fachkräfte in der Verantwortung, mit Armut und ihren Folgen umzugehen.

Jessica Prigge

→ Die Vortragsfolien finden Sie [hier](#).



Regelungen Fachkräfte im Umgang mit Armut unterstützen, sie hemmen oder ihnen gar im Wege stehen. Diskutiert wurde unter anderem über die angemessene Kommunikation und Ansprache armuterfahrener Personen; über Maßnahmen, welche Unterstützung und Teilhabe sichern und Beschämung vermeiden sowie über die Ausgestaltung der eigenen Vermittlungsfunktion in das Unterstützungssystem des Sozialraums bzw. der Kommune.



Mehr Armutssensibilität! Dies ist inzwischen häufiger zu hören. Wir sehen aber auch, dass dieser Appell oft nur einseitig in Richtung Fachkräfte geht. Das darf im Sinne einer strukturellen Armutsprävention aber nicht sein.

Kerstin Petras

Gruppendiskussion mit den Teilnehmenden aus Forum 3

moderiert durch Kerstin Petras, LVG & AFS Niedersachsen Bremen e. V.

Forderungen aus der Diskussion zu der Frage

Was brauchen Fachkräfte für ihre Arbeit mit armuterfahrenen Familien?

1. Wissen

Ein armuterfahrener Hintergrund und armutsbezogenes Wissen kann nicht vorausgesetzt werden. Fachwissen über Armut ist aber unabdingbar, um eine armutssensible Haltung überhaupt entwickeln zu können!

2. Sicherheit

Fachkräfte brauchen für ihr Handeln in Armutskontexten Sicherheit. Sicherheit durch zusätzlichen Wissenserwerb ebenso wie Sicherheit durch armutssensibel handelnde Vorbilder. Es braucht Vorgesetzte, die im Rahmen ihrer Vorbildfunktion Armutssensibilität vorleben!

3. Zeitressourcen

Fachkräfte brauchen Zeit! Zeit für den Beziehungsaufbau zu den Familien, Zeit für die Recherche bspw. kostengünstiger Ausflüge, Materialien oder Finanzierungsmöglichkeiten (Spenden) und Zeit zur Reflexion. Für Letzteres braucht es „geschützte Räume“, um das eigene Handeln, professionell begleitet, reflektieren zu können.

Forum 4

Angemessenen Lebensstandard für alle Kinder sicherstellen! Präventionsketten im Kontext von Kinderrechten

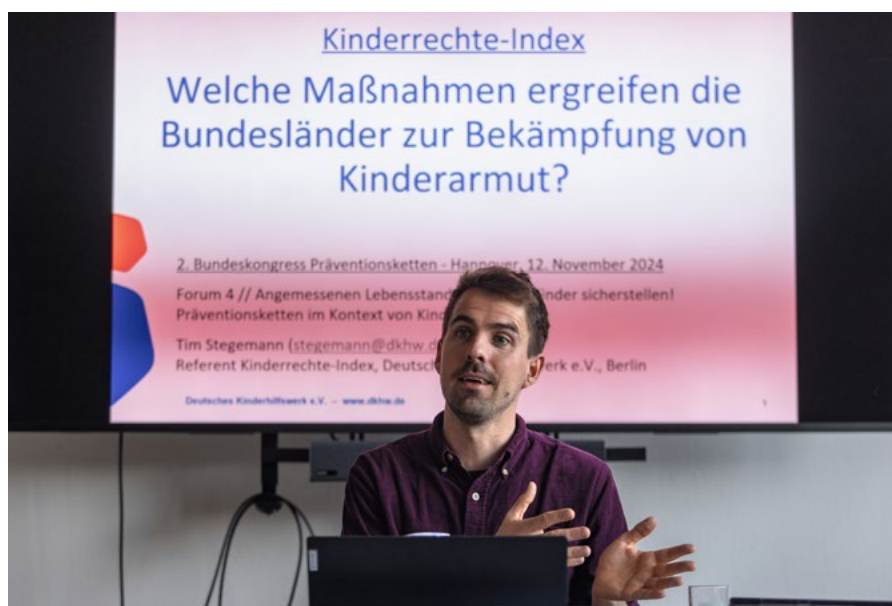
Impuls 1

Kinderrechte-Index: Welche Maßnahmen ergreifen die Bundesländer zur Bekämpfung von Kinderarmut?

Tim Stegemann, *Deutsches Kinderhilfswerk*

Das Deutsche Kinderhilfswerk arbeitet derzeit an der Neuauflage des Kinderrechte-Index. Die Studie wird im Herbst 2025 erscheinen, sodass lediglich der aktuelle Entwicklungsstand dargestellt wurde. Mit dem Instrument eines Index auf Länderebene sollen Beispiele guter Umsetzungspraxis der UN-Kinderrechtskonvention hervorgehoben werden. Bezogen auf das „Recht auf einen angemessenen Lebensstandard“, sind solche Beispiele gute Praxis, beispielsweise Landesprogramme zum Aufbau kommunaler Armutspräventionsketten, die es bisher aber nur in einigen Bundesländern gibt. Im Vortrag wurden exemplarisch einige Indikatoren aus kinderrechtlicher Perspektive diskutiert, bei denen es Unterschiede zwischen den Bundesländern gibt. So fallen die Betreuungslücken, also die Differenzen zwischen dem tatsächlichen

→ Die Vortragsfolien finden Sie [hier](#).



Betreuungsangebot und dem Betreuungswunsch der Eltern, sehr unterschiedlich aus. In der Diskussion wurde auf den Zielkonflikt zwischen dem auch kinderrechtlich begründeten Betreuungsanspruch der Eltern und dem Recht des Kindes auf eine hochwertige Bildung eingegangen, was in der aktuellen Kita-Krise nicht immer gewährt werden kann. Außerdem standen die Angebote der offenen Jugendarbeit, die Quote der Schulabgänger*innen ohne Abschluss und aktuelle Umfrageergebnisse zu den Perspektiven armutsbetroffener Kinder im Fokus. Abschließend ist festzuhalten, dass die rechtliche Verpflichtung der Bundesländer zur Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention Maßnahmen zur Bekämpfung von Kinderarmut erfordert. Dabei haben diese vielfältige Gestaltungsmöglichkeiten im föderalen System. Der Kinderrechte-Index ist dabei ein geeignetes Instrument, um öffentlichkeitswirksam auf diese aufmerksam zu machen und gleichzeitig die kinderrechtliche Fachdiskussion fundiert anzuregen.

”

Aufwachsen in Armut verstößt gegen wesentliche Kinderrechte, festgelegt in der UN-Kinderrechtskonvention.

**Bernd Hormuth,
Stadt Offenbach**

Impuls 2

Kinderrechte in der Tiefe: Wie können Kinderrechte für armuterfahrene Kinder und Familien erfolgreich umgesetzt werden?

Vanessa Strauch & Bernd Hormuth, Stadt Offenbach

Kinder und Jugendliche, die in der Stadt Offenbach (Hessen) aufwachsen, sind im bundesdeutschen Vergleich häufiger von Armut betroffen als Kinder und Jugendliche in anderen Kommunen. Deshalb hat die Stadtverordnetenversammlung im Jahr 2022 entschieden, den Magistrat zu beauftragen, einen Aktionsplan gegen Kinderarmut zu erstellen. Das Jugendamt hat diesen Auftrag bewusst zu sich geholt, um mit der Teilnahme am Landesprogramm



Präventionsketten den Blick auf die Wahrung von Kinderrechten zu richten und Maßnahmen zu erarbeiten, die die Folgen von Kinderarmut mildern oder perspektivisch vermeiden.

Zur Beteiligung und politischen, überparteilichen Interessenvertretung von Kindern und Jugendlichen in Offenbach wurde bereits 1998 das Kinder- und Jugendparlament Offenbach (KJP) eingerichtet. Eine Rechtsgrundlage dafür findet sich in der Hessischen Gemeindeordnung (HGO). Das KJP ist mit einem Etat ausgestattet und wird von einer pädagogischen Fachkraft begleitet. Das KJP organisiert u. a. Fachtage, wie im Herbst 2024. Hier war es das Ziel, Informationen zu vermitteln, aber auch Workshops zum Thema Armut anzubieten und weiterführend Kinder und Jugendliche am von der Stadtverordnetenversammlung beauftragten Aktionsplan gegen Kinderarmut zu beteiligen.

Im Vortrag wurden zudem Erfahrungen und Hürden auf dem Weg zur Umsetzung des Stadtverordnetenbeschlusses vorgestellt.

Gruppendiskussion mit den Teilnehmenden aus Forum 4

moderiert durch Rajni Kerber,

Hessische Arbeitsgemeinschaft für Gesundheitsförderung e. V.



→ Die Vortragsfolien finden Sie [hier](#).

Forderungen aus der Diskussion zu der Frage

Wie kann die kinderrechtliche Perspektive gestärkt werden?

1. Kinderrechte als Strategie

Mehr Rechtsverständnis und Sensibilität für das Thema!

2. Demokratieförderung

Partizipation der Kinder aus allen sozialen Schichten stärken!
Bspw. mehr Teilhabe armutserfahrener Kinder in Kinder- und Jugendparlamenten fördern. Partizipation und das Bewusstsein über persönliche und individuelle Rechte bereits in der frühen Kindheitsentwicklung lehren.

3. Partizipationsprojekte mit Kindern anders gestalten

Aufhören über Betroffene zu sprechen, anfangen mit Betroffenen zu sprechen! Sprachsensible und kreative Zugänge gestalten.



Forum 5

Familien in ihrem Lebensumfeld erreichen! Institutionen und ihre Rolle in der strukturellen Armutsprävention

Impuls 1

Familienzentren an Mehrgenerationenhäusern: Niedrigschwellige Struktur zur Armutsbewältigung

Julia Tannert, *Philantow Familienzentrum / Mehrgenerationenhaus Teltow*

Stephanie Günther, *DRK-Kreisverband Fläming-Spreewald e. V. für die LAG Mehrgenerationenhäuser Brandenburg*

Familienzentren sind Begegnungsorte, niedrigschwellige Anlaufstellen für Beratung, Lotsen im Sozialraum und – das haben die vergangenen Jahre deutlich gezeigt – Anker in Krisenzeiten. Sie befördern mit ihren vielfältigen Angeboten die soziale Integration und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Sie unterstützen den sozialen Zusammenhalt aller Generationen. Das kommt insbesondere armutsgefährdeten Zielgruppen wie einkommensschwachen Familien, Alleinerziehenden sowie Mehrkindfamilien und Familien mit Migrationshintergrund zugute. Im Familienzentrum finden Menschen Freiräume für eine alternative Freizeitgestaltung, z. B. im offenen Treff oder bei regelmäßigen Angeboten und Kursen. Familienzentren stellen Ressourcen wie Technik, Räume, Kontakt usw. zur Verfügung um, getreu dem Motto „Hilfe zur Selbsthilfe“, Familien dabei zu unterstützen, Herausforderungen aus eigener Kraft

zu bewältigen. Familienzentren wirken mit ihrer Arbeit in den Sozialraum der Kommune hinein und können durch ihre enge Vernetzung, z. B. mit Angeboten der Frühen Hilfen, einen niedrigschwelligen Zugang zu familienbezogenen Leistungen sicherstellen. Darüber hinaus gestalten sie den Sozialraum in der Kommune aktiv mit und verstehen sich als Sprachrohr für die Bedarfe von Familien in die Kommune hinein.

Mit einem Landtagsbeschluss sprach sich die Brandenburger Landesregierung 2019 für den flächendeckenden Aufbau von niedrigschwelligen Anlauf- und Beratungsstellen für Familien aus. Seit Start des Landesförderprogramms „Familienzentren“ haben sich 37 Familienzentren an Mehrgenerationenhäusern und weitere 17 Familienzentren an anderen sozialen Einrichtungen etabliert. In neun geförderten Modellprojekten werden digitale und mobile Angebote erprobt. Zwei Servicestellen begleiten die Häuser und Projekte fachlich, fördern die Vernetzung und betreiben Öffentlichkeitsarbeit.

→ Die Vortragsfolien finden Sie [hier](#).

Impuls 2

Gesundheitsfachkräfte an Bremer Schulen:

Eine beispielhafte Struktur des Öffentlichen Gesundheitsdienstes

Tatjana Paeck, LVG & AFS Niedersachsen Bremen e. V.

Ceylan Scharrelmann, Gesundheitsfachkraft Gesundheitsamt Bremen

Gesundheit spielt eine entscheidende Rolle im schulischen Umfeld, denn sie hat direkten Einfluss auf das Wohlbefinden, die Lernfähigkeit und die Bildungschancen von Schüler:innen. Die Schule ist ein Ort, an dem Kinder und Jugendliche unabhängig von ihrer sozialen Lage und Herkunft erreicht werden können und von gesundheitsfördernden Maßnahmen und Strukturen profitieren. Seit 2018 setzen sich Gesundheitsfachkräfte an Schulen (GefaS) in Bremen und Bremerhaven genau dafür ein. Ihr Ziel: Die Gesundheitskompetenz von Kindern, Eltern und Schulpersonal an Grundschulen in benachteiligten Stadtteilen stärken und Gesundheitsressourcen fördern. Was als Modellprojekt im Jahr 2018 startete, ist mittlerweile als feste Infrastruktur des Öffentlichen Gesundheitsdienstes etabliert. Insgesamt 26 Grundschulen in Bremen und Bremerhaven profitieren derzeit von der Arbeit der GefaS.





→ Die Vortragsfolien finden Sie [hier](#).

Die Auswahl der Schulen findet unter anderem über den Bremer Sozialindex und die Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchungen statt. Die hoch qualifizierten Fachkräfte verfügen über eine Ausbildung im medizinisch-pflegerischen Bereich sowie einen Studienabschluss in Public Health oder Vergleichbarem. Die Arbeit der GefaS ist vielfältig und umfasst verschiedenste Angebote und Aktivitäten wie gesundheitsbezogene Lerneinheiten, individuelle Beratungen, die Durchführung von Gesundheitsprojekten und die Vernetzung und Zusammenarbeit mit relevanten Akteur:innen im Stadtteil. Der Fokus liegt dabei auf einer passgenauen und niedrigschwiligen Gestaltung, sodass beispielsweise bewegte Pausen, AGs zum Thema Gesundheit, Elterncafés, Gesundheitswochen oder Lerneinheiten zum Thema Sonnenschutz, Ernährung und Gefühle entstehen und genutzt werden. Die GefaS integrieren das Thema Gesundheit in den Schulalltag und unterstützen durch ihre Arbeit die Gestaltung gesundheitsfördernder Rahmenbedingungen für ein gesundes Aufwachsen und Lernen im Setting Schule.

Gruppendiskussion mit den Teilnehmenden aus Forum 5
moderiert durch **Dr. Heike Schaarschmidt**,
Institut für kommunale Planung und Entwicklung

Forderungen aus der Diskussion zu der Frage

Welche Rahmenbedingungen brauchen Institutionen, um ihrer Rolle in einer strukturellen Armutsprävention gerecht zu werden?

1. Nachhaltigkeit und Wille zur Verstetigung

Es braucht langfristig angelegte Strukturen zur nachhaltigen Umsetzung und Wirkung von Armutsprävention!

2. Wille der Politik zur Regelförderung

Es braucht eine Stärkung der Regelinstitutionen, wie z. B. Kindertageseinrichtungen und Schulen!

3. „Kümmerer“ vor Ort

Für Prävention braucht es den Willen zur Zusammenarbeit und ein koordiniertes, fachbereichsübergreifendes Vorgehen! Es braucht eine Koordination vor Ort, die eine Brücke zwischen Verwaltung und Zielgruppe schlägt!

Forum 6

Gemeinsam planen, steuern und umsetzen! Gestaltung ressortübergreifender Arbeit und kommunaler Netzwerke

Impuls 1

Kommunale Netzwerksteuerung auf sehr komplexen Pfaden: Was Kommunen brauchen

Prof. Carmen Hack, *Fachhochschule Kiel*

Kommunale Präventionsketten als integriertes und integrierendes Handlungskonzept kommunaler Infrastruktur gelten als Lösungsansatz einer interdisziplinären und systemübergreifenden Bekämpfung von Kinderarmut.

In den Mittelpunkt des Vortrages wird die Kommune gestellt, gilt sie doch als Hoffnungsträgerin ersten Ranges zur erfolgreichen Bewältigung von gesamtgesellschaftlichen Herausforderungen und ist – durchaus auch in einem unspezifischen Sinne – der Ort, an dem sozial- und bildungspolitische Entscheidungen, Planung, Praxis der Umsetzung und Effekte Realität werden. Auf der Basis theoretischer Einordnungen und aktueller Forschungen zu Kommunalen Gesamtstrategien werden Ergebnisse im Hinblick auf die kommunalen systemspezifischen realistischen Herausforderungen und Stolpersteine dargestellt. Die Vielzahl an landesweiten, zumeist zeitlich begrenzten Programmen und (Modell-)Projekten der unterschiedlichen Politikfelder, Ministerien, Stiftungen, Sozialverbände und anderen verursacht die Etablierung von projektbezogenen Parallelstrukturen in Kommunen. Darüber hinaus werden durch den normativen Gebrauch von Kooperation und Vernetzung als Erfolgsgarant für die Umsetzung bildungs- und sozialpolitischer Programme bestehende Realitäten ignoriert, unhinterfragte Begründungsmuster produziert und letztendlich eine technokratische Reformperspektive eingenommen/gebildet.

Ausgehend hiervon liefert der Vortrag Ansatzpunkte, Möglichkeiten als auch Implikationen, die sowohl für die Gestaltung von realistischen Rahmenbedingungen in bundes- und landesweiten Projekten und Programmen als auch für eine nachhaltige Umsetzung und erfolgreiche Verstetigung kommunaler Gesamtstrategien gelten sollten.



”

Kommunen müssen den Mut besitzen, Doppelstrukturen abzubauen. Das ist nicht einfach.

Carmen Hack

→ Die Vortragsfolien finden Sie [hier](#).



”

Es gilt nicht, den Maßstab zu erfüllen, sondern die tatsächlichen Wünsche und Umsetzungsmöglichkeiten der Familie zu erfassen.

Christine Menker

Impuls 2

FamilienPerspektive: Ganzheitliche Unterstützung von Familien durch frühzeitige Vernetzung Jobcenter – Jugendamt

Barbara Niedenführ, Stadt Arnsberg

Christine Menker, LWL-Landesjugendamt Westfalen

Gelingendes Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen kommt nicht ohne Kooperation und Netzwerkarbeit aus. Auf dem Weg vom Säuglingsalter bis zur Volljährigkeit können Familien und junge Menschen von zahlreichen Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe und anderen Handlungsfeldern wie dem Gesundheitswesen, dem Bildungswesen oder der materiellen Sicherung Unterstützungsangebote erhalten. Um diese Unterstützungsformate im konkreten Einzelfall erfolgreich nutzen zu können, braucht es Abstimmung, Koordination und eine gute Zuständigkeitsklärung zwischen den Einrichtungen und Diensten.

Die LWL-Servicestelle „Gelingendes Aufwachsen“ hat im Zeitraum von 2019 bis 2024 – mit finanzieller Unterstützung der Auridis Stiftung – Jugendämter aus Westfalen-Lippe mit selbst ausgewählten Kooperationspartner:innen bei der Weiterentwicklung der kommunalen Strukturen gefördert und beraten.

Das Jugendamt der Stadt Arnsberg hat gemeinsam mit dem Jobcenter ein Beratungsmodell „FamilienPerspektive“ entwickelt und in der Zusammen-

arbeit erprobt. Der Projektansatz setzte den Fokus auf die Arbeit mit Familien, die über einen längeren Zeitraum Leistungen und Hilfen aus den beiden Rechtskreisen SGB VIII und SGB II erhalten. Durch eine intensive fachliche Auseinandersetzung der Kooperationspartner:innen wurde das Tandem-Modell, nach dem Familien gemeinsam von Fachkräften des Jugendamts und des Jobcenters beraten werden, konkretisiert. Es wurden begleitende Materialien entwickelt, Verfahrensschritte abgestimmt und Routinen der Zusammenarbeit zwischen den beiden Diensten entwickelt. Die Verfahrensbeschreibung und ein Leitfaden tragen zur Verstetigung bei.

Der Leitgedanke „FamilienPerspektive – Gemeinsam geht es besser!“ hat sich zu einer Haltung bei den Fachkräften entwickelt. Die Kooperationsstruktur zwischen den Diensten hat sich seither bedarfsgerecht weiterentwickelt und neue Impulse in den Austauschformaten gesetzt. Das Angebot „Familien Perspektive“ ist kein Selbstläufer, es ist ein dynamischer Prozess und bedarf weiterhin eines Inputs und Konsenses auf Leitungsebene.

Gruppendiskussion mit den Teilnehmenden aus Forum 6

moderiert durch Wiebke Humrich, LVG & AFS Niedersachsen Bremen e. V.



→ Die Vortragsfolien finden Sie [hier](#).

Forderungen aus der Diskussion zu der Frage

Was brauchen Kommunen, um eine ressortübergreifende Arbeit und kommunale Netzwerke zu verankern?

1. Verantwortungsvolle Haltung der Politik

Dies braucht es über Legislaturperioden hinaus. Verantwortung muss sich vom parteipolitischen Willen lösen!

2. Mut

Alle Beteiligten in der Kommune müssen den Mut haben, genau hinzuschauen. Dabei soll nicht die eigene Fachlichkeit hinterfragt werden, sondern blinde Flecken identifiziert und geschlossen werden. Befindlichkeiten in Netzwerken und zwischen Kooperationspartner:innen müssen wahrgenommen werden.

3. Vertrauen(svorschuss)

Zum Netzwerken braucht es zu Beginn von allen Beteiligten einen Vertrauensvorschuss, bevor eine vertrauensvolle Zusammenarbeit im Prozess nach und nach aufgebaut werden kann.

Tagungsbeobachtung

Unter der Überschrift „Wohin die Reise geht ...“ richteten Markus Büchel von der Auridis Stiftung und Dr. Heinz-Jürgen Stolz vom Qualitätsverbund Präventionsketten und dem Institut für soziale Arbeit e. V. zum Abschluss des Tages den Blick nach vorn und fassten ihre persönlichen Highlights des Tages zusammen.



”

Auf diesem Kongress ist es gelungen, die Ebenen Bund, Land und Kommune zusammenzubringen. Wir brauchen auch in Zukunft Anlässe wie heute, um Erfolgsstrategien zur Etablierung struktureller Armutsprävention aufzuzeigen und Möglichkeiten auszuloten, wie Bund, Länder und Kommunen eine kommunale Armutsprävention unterstützen können.

Markus Büchel

”

Armutserfahrene Personen als Expert:innen einzubinden und ihnen die Möglichkeit zu geben, von ihren sehr konkreten Erfahrungen auf das große Ganze zu blicken, ist heute sehr gut gelungen. Die Einbindung armutserfahrener Expertisen in die Fachdiskussion ist dringend geboten und wird leider viel zu oft vernachlässigt.

Heinz-Jürgen Stolz





Danksagung

Ein herzliches Dankeschön an alle Teilnehmenden, die den Bundeskongress Präventionsketten 2024 mit ihrem Interesse und ihren Fragen bereichert haben. Ihre Beiträge und der gemeinsame Austausch haben diesen Kongress zu einer inspirierenden Plattform für Wissenstransfer und Vernetzung gemacht.

Danken möchten wir auch den Vertreter:innen der Bundes- und Landesebene für ihre wertschätzenden Grußworte, welche die Bedeutung unserer gemeinsamen Arbeit unterstreichen.

Ein besonderer Dank gilt allen Referierenden, die mit ihren wertvollen Perspektiven und Beispielen wichtige Impulse für die Diskussionen gesetzt haben. Ein großes Dankeschön sprechen wir auch den Moderator:innen aus, die mit ihrer fachkundigen und souveränen Leitung für einen gelungenen Ablauf gesorgt haben.

Nicht zuletzt möchten wir der Auridis Stiftung danken, ohne deren Unterstützung dieser Kongress nicht möglich gewesen wäre.

Durch das Engagement aller Beteiligten tragen wir gemeinsam zur Stärkung einer strukturellen Armutsprävention in Kommunen bei und leisten einen wertvollen Beitrag für das gesunde Aufwachsen aller Kinder, unabhängig von ihrer sozioökonomischen Herkunft.

Lassen Sie uns diesen Weg gemeinsam konsequent weiterverfolgen, weitere Mitstreiter:innen gewinnen und unsere Erkenntnisse in die Praxis tragen – für eine chancenreiche Zukunft *aller* Kinder, denn:

Armutsprävention ist nicht verhandelbar!

Impressum

Landesvereinigung für
Gesundheit und Akademie für
Sozialmedizin Niedersachsen e. V.

Konzept und Texte:
Kerstin Petras
Marie-Kristin Dunker

Gestaltung und Herstellung:
MedienMélange:
Kommunikation!, Hamburg

Hannover, 2025

www.praeventionsketten-nds.de

